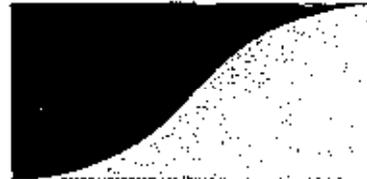


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pabn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB macht Vorschläge zur
Bekämpfung des Terroris-
mus: Gemeinsam das Not-
wendige tun.

Seite 1

Uwe Bartels MdL beurteilt
niedersächsische Vorschlä-
ge zur Umweltschutz-Fi-
nanzierung: Umverteilung
a la Albrecht.

Seite 3

Klaus-Henning Rosen
kommentiert die Haltung
der Bundesregierung zu
den Menschenrechten:
Anspruch und Wirklich-
keit.

Seite 5

41. Jahrgang / 17

24. Januar 1986

Gemeinsam das Notwendige tun

Einige Vorschläge zur Bekämpfung des Terrorismus

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Der stellvertretende Außenminister der USA hat die Bundesrepublik wieder verlassen. Die Bundesrepublik wird sich dem Boykottbeschluß der Vereinigten Staaten gegen Libyen, wie die übrigen europäischen Partner, nicht anschließen. Aber nur eine Ablehnung der amerikanischen Vorschläge ist natürlich völlig unzureichend. Zur Bekämpfung des Terrorismus sind konkrete Maßnahmen unverzichtbar. Der Ministerrat der EG muß am 27. Januar Beschlüsse fassen. Reden alleine hilft nicht.

In folgenden Bereichen halte ich Maßnahmen für notwendig:

1. Über eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus wird seit langer Zeit viel geredet. Geschehen ist bisher nicht sehr viel. Die Vorkommnisse von La Valetta sind ein bitterer Beweis dafür.

Der schnelle Aufbau einer internationalen Polizeitruppe zur Bekämpfung des Terrorismus ist geboten. Der Einsatz nationaler Polizeitruppen wird in anderen Ländern mit großen Schwierigkeiten verbunden oder sogar unmöglich sein. Mogadischu

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
53000 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortungsbereich
für den Inhalt der Publikation
Rudolf Schwinn



- im Jahre 1977 kann nicht für alle Länder als Maßstab angenommen werden. Für eine solche internationale Polizeitruppe sind alle nationalen Erfahrungen zusammenzutragen. Auch wir müssen bereit sein, unseren Beitrag zu leisten.
2. Wir brauchen eine Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern in der Bekämpfung des Terrorismus. Der europäisch-arabische Dialog unter der Möglichkeit der Beteiligung weiterer Staaten könnte eine Basis dafür sein. Dann wird sich sehr bald zeigen, wer guten Willens ist und wer nicht bereit ist, in der Bekämpfung des Terrorismus das Notwendige zu tun. Diese Zusammenarbeit ist auch geboten, weil der Terrorismus sich in immer stärkerem Masse auch gegen gemäßigtere Palästinenser wendet.
 3. Von entscheidender Bedeutung aber ist die Beseitigung der Ursachen des Nahostkonflikts. Menschen, die ohne Hoffnung leben, sind eher zu unverantwortlichem Handeln bereit. Die Europäer müssen ihren Beitrag zur Beilegung des Konflikts im Nahen Osten erheblich steigern. Dabei müssen wir wissen, daß es mehrere Konflikte gibt, die direkt oder indirekt miteinander verbunden sind: Der eigentliche Nahostkonflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, der Krieg im Libanon, der Krieg zwischen Iran und Irak und die Auswirkungen der Revolution des Iran: Ein gefährliches Pulverfaß in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas.
 4. Aber auch die Sicherheitsmaßnahmen im eigenen Lande sind von entscheidender Bedeutung. Wir sind vorgewarnt. Die Einrichtungen der USA und Israels bedürfen eines ganz besonderen Schutzes.
 5. Die Bundesrepublik muß in diesen Fragen um ein Höchstmaß an europäischer Übereinstimmung bemüht sein. Bekämpfung des Terrorismus, das muß eine gemeinsame europäische Aufgabe sein. Der Ministerrat am 27. Januar wird zeigen, ob die Gemeinschaft dazu in der Lage ist.

(-/24.1.1986/rs/ks)

+ + +



Umverteilung à la Albrecht

Niedersachsen will Kostenfaktor Umweltschutz den Arbeitnehmern aufbürden

Von Uwe Bartels MdL

Umweltpolitischer Sprecher der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion

Die niedersächsische CDU hat wieder einmal ihre Umweltmaske fallen lassen, die sie jahrelang gegenüber der Bevölkerung vorgehalten hat. In einer Veranstaltung vor Vertretern der Wirtschaft, bei der sie deutlich gemacht hat, daß für die Wirtschaft kein Anlaß bestehe, die neue TA Luft zu fürchten, hat die Wirtschaftsministerin des Landes Niedersachsen, Frau Birgit Breuel, angeregt, den Kostenfaktor Umweltschutz bei den Tarifverhandlungen zu berücksichtigen.

Das heißt im Klartext: die Unternehmer sollen weiter Gewinne machen, die Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sollen die Arbeiter zahlen! Dies ist die Umverteilungspolitik der CDU. Dort, wo die eigene Klientel sitzt, wird deutlich gesagt, was man will.

Natürlich ist das nicht immer der Fall. In öffentlichen Sonntagsreden wird das Thema Umweltschutz gepflegt. Es kostet nichts, Programme auf Parteitag zu verabschieden. Mit der Schaffung eines Nationalparks Wattenmeer kann man sich brüsten, obwohl die Schadstoffeinleitungen in die Nordsee auch nach Verkündung des Nationalparks unvermindert anhalten. Man macht Öffentlichkeitsarbeit, und darauf versteht man sich gut. Wenn es aber tatsächlich um die Verbesserung der Umwelt geht, dann steht die niedersächsische Landesregierung an der Spitze, um Fortschritte zu verhindern.

Es läßt sich an zahllosen Beispielen belegen, daß Niedersachsen im Bundesrat gebremst hat. Stichworte: Abgasreduzierung, Dioxin-Gesetz, Pflanzenbehandlungsmittelgesetz, Schwefelabgabe, Großfeuerungsanlagenverordnung. Und jetzt die TA Luft: Niedersachsen stellt sich auf die Seite der Bundesregierung. Das liegt daran, daß Albrecht, Breuel und Hasselmann keinen wirksamen Umweltschutz wollen. Sie vertreten kaltschnäuzig die Interessen der Wirtschaft. Originalton Albrecht zur „Wende“ 1982: „Die Wirtschaft muß die Garantie erhalten, daß keine neuen Belastungen durch Umweltschutzaufgaben auf sie zukommen.“ Und CDU-Landesvorsitzender Hasselmann: „Wir müssen sehen, daß wir uns Umweltschutz um jeden Preis als Industrienation nicht leisten können.“



Jahrelang hat die Landesregierung in Niedersachsen der Wirtschaft zugebilligt, die Umwelt auf Kosten der Steuerzahler zu belasten, die die Reparaturmaßnahmen zu zahlen haben. Beispiele dafür sind die Deponie Münchehagen, die Chemiefirma Kertess in Hannover oder auch die Bekämpfung der Waldschäden.

Jetzt, wo nach dem hoffentlich zügigen Erlaß der TA Luft nicht mehr zu verhindern ist, daß diejenigen zur Vermeidung von Umweltbelastungen herangezogen werden, die sie auch verursachen, ergreift die Landesregierung Partei für die Umweltbelaster. Obwohl in den letzten Jahren die Unternehmensgewinne erheblich gestiegen sind, soll in das Portemonnaie der Arbeitnehmer in den Betrieben gegriffen werden, um die Belastungen von den Unternehmen wegzudrücken. Durch diese Äußerung wird erneut klar, daß sich die Landesregierung in der Umweltschutz-Diskussion der letzten Jahre lediglich eine Tarnkappe aufgesetzt hat.

Dabei ist es äußerst kurzsichtig, die Unternehmen von Kosten für den Umweltschutz freizuhalten. Denn nur, wenn Umweltschutzanforderungen Kostendruck verursachen, werden die Unternehmen auch bereit sein, umweltverträgliche Technologien zu entwickeln und einzusetzen. Und dadurch entsteht für unsere Wirtschaft ein Wettbewerbsvorteil und es eröffnen sich neue Märkte.

Der Weg der Landesregierung, die Lohntüten der Arbeitnehmer zu schmälern, ist falsch. Richtig ist es, Umweltauflagen zu machen und diese notfalls über Abgabenregelungen oder die Umlenkung staatlicher Einnahmen und Ausgaben zu finanzieren. Wenn wir Fortschritte zur Verbesserung unserer Umweltsituation erreichen wollen - und das ist, obwohl die Konservativen dies angesichts des von ihnen bejubelten Wirtschaftsaufschwungs vergessen machen wollen, bitter nötig -, dann ist eine aktive Rolle des Staates erforderlich. Und dabei dürfen nicht die einen bevorteilt und die anderen, die sich nicht wehren können, benachteiligt werden.

(-/24.1.1986/rs/ks)

+ + +

Die Bundesregierung und die Menschenrechte

Anspruch und Wirklichkeit

Von Klaus-Henning Rosen
Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion

CDU-Generalsekretär Geißler hatte im Herbst 1985 angekündigt, seine Partei werde sich im Vorwahljahr 1986 verstärkt dem Thema Menschenrechte widmen. Hoffnung bestand deshalb für die SPD, die Bundesregierung werde sich mit der Beantwortung der Großen Anfrage zu diesem Thema - von der SPD eingereicht im März 1985 - beeilen. Weit gefehlt: die Frist für die Beantwortung, zunächst auf September 1985 terminiert, verlängerte sich die Bundesregierung viermal um jeweils einen Monat. Als abzusehen war, daß auch im Januar 1986 - also zehn Monate nach Einreichung - keine Antwort zu erwarten sei, machte die SPD-Fraktion vom ungewöhnlichen Mittel der Geschäftsordnung Gebrauch, die Behandlung der Anfrage auf die Tagesordnung des Bundestages zu setzen. Das befügelte die Regierung, so daß am Abend vor der heutigen Debatte endlich die Antworten auf unsere und die im Juni 1985 eingereichte weitgehend identische Große Anfrage der Koalitionsfraktionen vorlagen.

Mit ihrer Anfrage hatte die SPD-Fraktion eine Grundsatzzdebatte anstoßen wollen über das Menschenrechtsverständnis der Parteien und der Bundesregierung. Vor zwei Jahren hatte die SPD bekanntlich ihre Menschenrechtsarbeit neu organisiert, um sich diesem weltweit drängenden, zunehmend der öffentlichen Aufmerksamkeit zugänglichen Thema intensiver widmen zu können: im Arbeitskreis I arbeitet - wie bisher - die Arbeitsgruppe Menschenrechte - geleitet von Rudolf Bindig, MdB; zur besseren Zusammenarbeit mit der Partei übernahm Hans-Ulrich Klose, MdB, eine neue Koordinierungsgruppe Menschenrechte; neu ist schließlich ein dem Büro des Parteivorsitzenden zugeordnetes Sekretariat für Menschenrechtsfragen.

Den Wunsch nach einer Grundsatzzdebatte konnte die SPD in der heutigen Sitzung des Bundestages naturgemäß nicht verwirklichen, denn dazu war die Antwort der Bundesregierung einfach zu spät gestellt worden. Es konnte folglich nur darum gehen, Grundsätze der SPD-Menschenrechtspolitik zu verdeutlichen. Unter anderem:

- Wir setzen uns für Menschenrechte überall und ohne Rücksicht auf Regierungs- oder Gesellschaftssysteme ein;
- wir zählen zu den Menschenrechten auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte - folglich gehört zu Menschenrechten auch Entwicklung;



- über unsere Menschenrechtspolitik wollen wir auch unsere Freiheitsvorstellungen verbreiten, wir lehnen es aber ab, auf diesem Umweg unsere Staats- und Gesellschaftsordnung international verbindlich zu machen;
- auch hierzulande gibt es Verletzungen der Menschenrechte.

Unser Debattenziel, wie es in dem von der Fraktion der SPD vorgelegten Entschließungsantrag formuliert ist, lautet:

- Der Bundestag soll sich intensiver um Menschenrechte kümmern, nach unseren Vorstellungen unter anderem durch einen Ausschuß für Fragen der Menschenrechte und mindestens zwei Grundsatzdebatten in jeder Legislaturperiode über die Lage der Menschenrechte in der Welt.
- Die Bundesregierung muß ihre Bemühungen zum Schutz der Menschenrechte intensivieren. Dazu gehört die Ratifikation internationaler Vereinbarungen sowie die Einbeziehung von Fragen der Menschenrechte bei der Gestaltung der auswärtigen Beziehungen.
- Die Bundesregierung soll den Bundestag (mindestens einmal je Legislaturperiode) umfassend über die Lage der Menschenrechte unterrichten.

In den nächsten Wochen wird die Gelegenheit bestehen, sich ausführlich mit der Antwort der Bundesregierung zu befassen. Bei der ersten Analyse fällt auf, daß sich die Regierung bei der Antwort auf die Koalitionsanfrage erheblich mehr Mühe gemacht hat als bei unserer; es werden Widersprüche deutlich: hatte Bundesaußenminister Genscher vor der UNO vehement nach einem UN-Menschenrechtsgerichtshof gerufen, so ist die Regierung hierzu sehr zurückhaltend. Gleichwohl bieten die Antworten die Möglichkeit, Gemeinsamkeiten im Menschenrechtsverständnis der Parteien auszuloten. Es ist zu hoffen, daß das auch helfen wird, das Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten: denn den gequälten Menschen in anderen Ländern hilft man nicht, wenn man ihr Leiden für einen innenpolitischen Schlagabtausch instrumentalisiert.

(-/24.1.1986/rs/ks)

+ + +